Nr. 59/ Aug. 2015

Ihr versteht: ich meine
dass wir keine andern Herren brauchen
sondern keine! (Bertolt Brecht)

Auflage 17 500

VorOrt

Zeitung für das andere Vaihingen

www.vorort-vaihingen.de

Bezirksbeiratsvotum und 600 Einwendungen bleiben unberücksichtigt

Neuauflage Bebauungsplan Dürrlewang

Geschichte wiederholt sich doch. Zumindest in Stuttgart. Genau vor einem Jahr wurde während der Sommerferien der Bebauungsplanentwurf für die Ladenstraße in Dürrlewang öffentlich ausgelegt. Trotz Ferienzeit gingen weit über 600 Einwendungen von Bürgerinnen beim Planungsamt ein. Fast alle wandten sich gegen den geplanten 5-geschossigen Gebäuderiegel am westlichen Ende der Ladenstrasse sowie gegen die zu hohe 3-geschossige Bebauung entlang der Ladenstraße. Auch der Vaihinger Bezirksbeirat hatte mit großer Mehrheit für ein maximal 3-geschossiges Gebäude im oberen Teil des Planungsgebiets votiert. Der Gemeinderat ignorierte daraufhin einstimmig Bürgerinnen und Bezirksbeirat und hielt an der hohen Bebauung fest.

Der Bebauungsplanentwurf musste dennoch geändert werden. Nicht weil er von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt wurde, sondern weil der am Bau des Gebäudekomplexes am Anfang der Ladenstraße interessierte Investor die beiden angrenzenden Gebäude nicht für sein Vorhaben hinzu erwerben konnte.
Jetzt wird der geänderte Plan erneut ausgelegt - wieder während der Sommerferien. Die Hauptänderungen bestehen im Gegenteil dessen, was von den Einwenderinnen gefordert wurde: Die 5-geschossige Bebauung wird beibehalten und nach Norden über den derzeitigen Parkplatz ausgeweitet. Die Bauhöhe am östlichen Ende der Osterbronnstraße wird auf 8 Geschosse erhöht. Entlang der „Ladenstraße“ darf um 1,5 m weiter in den Gehweg hinein gebaut werden.
Und noch etwas wiederholt sich: der Bezirksbeirat lehnt auch den geänderten Plan mit großer Mehrheit ab (nur die CDU stimmte dafür) und fordert erneut maximal 3 Geschosse im westlichen Bereich und der Gemeinderat beschließt einstimmig, genau diesen Plan auszulegen.
Die Begründungen für die Missachtung des Bürgerwillens bleiben dabei fragwürdig. Für die gewünschte Ansiedlung eines Lebensmittel Vollsortimenters brauche es eine größere Ladenfläche als die im bestehenden Gebäude, sagt die CDU. Warum dazu aber noch vier Stockwerke oben drauf gebaut werden müssen, bleibt offen. Und warum entlang der Ladenstraße gleich große Ladenflächen in höheren und neuen und damit teureren Gebäuden für Einzelhändler attraktiver sein sollen, ebenso.
Man benötige dringend Wohnraum, sagen die anderen. Glauben sie wirklich, dass in dem den Dürrlewang von der Umgebung abriegelnden Gebäudekomplex, den sie beschönigend „Portal“ nennen, preisgünstige Mietwohnungen entstehen - also das, was in der Tat dringend benötigt wird. Natürlich ist auch die Bietigheimer Wohnbaugesellschaft vor allem an Rendite interessiert und die lässt sich nun mal bei den heutigen Grundstücks- und Baupreisen am ehesten mit Eigentumswohnungen oder für die meisten unbezahlbar teuren Mietwohnungen erzielen.
Eine weitere Forderung des Bezirksbeirats und der Dürrlewangerinnen wird mit der Neuauflage des Bebauungsplans in den Wind geschlagen: Man möge den Bebauungsplan für den zentralen Bereich des Dürrlewang zurückstellen und nicht schon im Vorgriff auf den laufenden „Beteiligungsprozess Soziale Stadt Dürrlewang“, in dem Bürgerinnen an der Gestaltung ihres gesamten Stadtteils mitwirken sollen, stark umstrittene Festlegungen treffen.
(weiter S. 3)

Vaihingen Ökologisch Sozial und ISA Vaihingen laden ein

Kabarett mit Peter Grohmann:

Alles Lüge, außer ich

Musik: Nick Brown & Roothouse

Am Freitag,
18. September 2015
um 19 Uhr
Alte Kelter Vaihingen
Kelterberg 5

Der Eintritt ist frei –
Spenden für die
Künstler sind erwünscht

Politik des Überhörtwerdens

von Gerhard Wick

Bezirksbeiräte sind die Gremien, die sich am besten im Stadtbezirk auskennen. Sie haben den direkten Draht zu den Einwohnerinnen. Trotzdem haben sie immer noch keine Entscheidungsbefugnisse. Sie müssen lediglich zu den Stadtbezirk betreffenden Angelegenheiten vom Gemeinderat gehört werden.

Seit die grün-sozialdemokratische Landesregierung und der Stuttgarter OB die „Politik des Gehörtwerdens“ einführten, häufen sich seltsamerweise die Fälle, in denen die Bezirksbeiräte weder informiert, geschweige denn gehört werden.

Jüngstes Beispiel: Ausschüsse und Vollversammlung des Gemeinderats beschließen über die Zustimmung zum Lenkungskreisbeschluss (Filderabschnitt S 21), der mit der Einrichtung eines Regionalbahnhalts in Vaihingen, Änderungen an der Rohrer Kurve und in Plieningen eindeutig mindestens 3 Stadtbezirke betrifft. Die Bezirksbeiräte Vaihingen, Möhringen und Plieningen werden davon nicht einmal unterrichtet. Die Beschwerde eines Vaihinger SÖS-Bezirksbeirats bei der Kommunalaufsicht des Regierungspräsidiums wurde wie folgt beantwortet: OB Kuhn habe erklärt, bei der Vorlage handle es sich nicht um Stadtbezirksangelegenheiten. Dies zu überprüfen, sei das Regierungspräsidium nicht in der Lage. Im übrigen müsse der Bezirksbeirat zwar informiert und gehört werden, weil sonst ein Verstoß gegen die Gemeindeordnung vorliege, der aber folgenlos bleibe und keine Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit der Gemeinderatsbeschlüsse habe.

Was lehrt uns das? Vaihingen muss wohl erst Stadt werden, wenn wir über unser Lebensumfeld selbst entscheiden wollen.

NEUE ANFÄNGERKURSE
für Kinder und Erwachsene
in Möhringen

0711 / 6787825

www.ki-aikido-stuttgart.de
Mkunst@t-online.de

KI-AIKIDO
STUTTGART

Lohnsteuerhilfe Baden-Württemberg e.V.
Lohnsteuerhilfeverein

Wir erstellen Ihre Einkommensteuer-Erklärung !

Hauptstr. 14 • 70563 Stuttgart-Vaihingen
Tel. 0711 / 78 28 55 00
Email: s-vaihingen@lohi-bw.de

Arbeitnehmern, Beamten, Rentnern und Pensionären leisten wir im Rahmen einer Mitgliedschaft ganzjährig Hilfe bei der Einkommensteuer-Veranlagung im Rahmen des § 4 Nr. 11 StBerG.

KFZ-Meisterbetrieb GmbH

Autoflott
Osterbronnstraße 14-16
70565 Stuttgart (Rohr)
Telefon (0711) 7 35 49 21
Telefax (0711) 7 35 42 48

Wir handeln mit Naturkost,
weil es um Menschen,
Tiere und die Natur geht,
– nicht um Marktanteile!

Bio seit 1983

Grünschnabel
Naturkost & Naturwaren
Sigmundstr 1 · 70563 Stuttgart-Vaihingen · T 0711 - 735 25 02

Der passt zu meiner WG.
Mein Mieterverein.

Der Mieterverein hilft Ihnen
bei allen Mietproblemen.

0711-210160

www.mieterverein-stuttgart.de

DMB MIETERVEREIN STUTTGART
Moserstraße 5
70182 Stuttgart

Neue VorOrt-Serie: Selber machen statt auf Politiker warten

Mutige Frauen verhindern Beschuss von Rohr

In loser Folge möchten wir in der Serie SELBERMACHEN über große und kleine Erfolgsgeschichten berichten, die zeigen, dass zivilgesellschaftliches Engagement sich auszahlt und dass wir oft nicht auf die Einsicht der Politik warten können, wenn es um unsere Grundbedürfnisse geht. Diesmal: Die mutigen Frauen von Rohr.

Helga sagt ihrer kleinen Tochter nicht, was sie vorhatte. Sie verabschiedete sich, als würde sie nur kurz zur Nachbarin gehen. Katharina, die nebenan wohnte, vertröstete Ihre kranke Mutter auf später. Sie müsse erst noch etwas Wichtiges erledigen. Und wichtig war es in der Tat, was diese beiden und noch einige andere Frauen an diesem Tag vorhatten. Entschlossen schritten Sie den Hang durch den Wald hinauf. Es war ein warmer Tag im Frühjahr 1945.

Das Blatt hatte sich schon lange gewendet. Seit dem Winter 1942/1943 drängte die rote Armee die Wehrmacht, die 1939 erst Polen und dann 1941 Sowjetrussland überfallen hatte, zurück Richtung Westen. Millionen von Toten hatte dieser Krieg schon gefordert. Für sie alle gab es keinen Frühling mehr. Niemals wieder. Endlich war Anfang 1942 auch Amerika an die Seite der Alliierten getreten. Roosevelt hatte lange gezögert. Die Hauptlast des Kampfes gegen Hitler-Deutschland trug jedoch nach wie vor die Rote Armee. Keiner von uns mag sich vorstellen, welche Entwicklung die Geschichte bis heute genommen hätte, wenn diese nicht erfolgreich gewesen wäre und nicht weite Teile Europas vom Faschismus befreit hätte.

In den gleichgeschalteten deutschen Medien wurden immer noch Durchhalteparolen ausgegeben. im Herbst 1944 war Der Volkssturm ins Leben gerufen worden. Bis zum März 1945 waren 16-Jährige in der Hitlerjugend (HJ) und dem Reichsarbeitsdienst (RAD) militärisch ausgebildet worden. Die Gebäude des RADs befanden sich im Wald Richtung Sindelfingen (ungefähr beim jetzigen IBM-Gelände/Eiermannareal). Die Jugendlichen erhielten danach ihren Stellungsbefehl und viele kehrten nicht mehr nach Hause zurück.

Gegen die vorrückende französische Armee waren vom Volkssturm oberhalb des Waldes auf der Straße Richtung Oberaichen Panzersperren errichtet worden. Den Frauen war klar, dass diese Panzersperren nur dazu führen könnten, dass Rohr von dieser Anhöhe beschossen werden würde. Entschlossen forderten Sie die Männer auf, die Panzersperren wieder abzubauen. „Wenn ihr nicht sofort umkehrt und nach Hause geht, werde ich euch eigenhändig erschießen“, drohte der Sturmführer. Wie ernst er diese Drohung meinte, war nicht auszumachen. Unklar war auch, wie die anderen Männer darüber dachten. Aber mit Widerstand hatten die Frauen rechnen müssen. Sie wollten hier nicht lange diskutieren. Mit einer unglaublich mutigen und klaren Haltung begannen sie damit, die Panzersperre selbst zu demontieren. Keine wurde erschossen. Durch ihr Einschreiten haben sie mit Sicherheit Menschenleben gerettet und Zerstörungen verhindert. Diesen Frauen müsste man eigentlich ein Denkmal setzen!

[Diese Geschichte aus Rohr beruht auf Erzählungen von Eltern und Großeltern. Wenn Sie sich daran erinnern und weitere Details beitragen können, würden wir uns über einen Leserbrief sehr freuen. C.G.

Schöne Ferienwohnung in historischer Bädervilla in Juliusruh, 1-4 Personen, strandnah, ideal für Ihren Ostseeurlaub. Mehr Infos unter: **www.ruegenurlaub.jetzt** oder **0711 617894** bzw. **0151 54948773**

(Fortsetzung von S.1) Um das Beteiligungsverfahren ist es ohnehin auffällig still geworden. Viele hegen inzwischen gar den Verdacht, die „Bürgerbeteiligung“ diene nur dazu, davon abzulenken, dass das Ziel einer Verdichtung des Stadtteils bereits beschlossene Sache ist.
Oder wie es ein anfangs im Rahmen der Sozialen Stadt engagierter und inzwischen enttäuschter Dürrlewanger gegenüber VorOrt formulierte: „Ich habe den Eindruck, dass wir hier nur verschaukelt werden. Sie reden von Mitwirkung der Einwohnerinnen. Tatsächlich geht es aber nur um Einbindung in ganz woanders bereits getroffene Entscheidungen. Zu den wichtigen Fragen, was, wo und wie groß gebaut wird, dürfen wir gar nichts sagen - oder eben nur das, was man hören will. Am Ende dürfen wir dann bei den übrig gebliebenen Grünflächen noch ein bisschen mitgestalten. Die von der grün-sozialdemokratischen Landesregierung und dem Oberbürgermeister propagierte Politik des Gehörtwerdens ist wohl nur die Fortsetzung der Durchsetzung von Investoreninteressen mit etwas anderen Mitteln. Gegen den bis 25.9.15 ausliegenden Bebauungsplan werde ich natürlich trotzdem noch einmal Einspruch einlegen, schon damit sie nicht sagen können, die Dürrlewanger seien jetzt befriedet.“
Übrigens: Nach dreijähriger intensiver und aufwändiger städtischer Planung, die immer wieder an die veränderten Investorenbedürfnisse angepasst werden musste, wird dem Investor eine Beteiligung an den Planungskosten erlassen, weil die Planungen im öffentlichen Interesse liegen.

In den letzten Jahrzehnten sind die A81, A8 und die Nord-Süd-Straße konsequent ausgebaut worden. Es laufen bereits Planungen für einen 10-spurigen Ausbau der A8. Studien belegen, dass der Ausbau von Straßen mehr Autoverkehr hervorbringt. Seit der Bahnreform von 1994 wurden über 7000 km des Streckennetzes (18 Prozent) komplett stillgelegt. Die Anzahl der Bahnhöfe/Haltepunkte wurde um 23 Prozent reduziert. Viele Strecken wurden von zwei Gleisen auf eines zurückgebaut. Mehr als 9.000 Gleisanschlüsse von Unternehmen (81 Prozent) sind seit der Bahnreform stillgelegt worden. Die freigewordenen Grundstücke wurden (wie auch das Güterbahngelände und die Industriegleise in Vaihingen) vom Bahnkonzern verkauft und als Gewinn verbucht. Die Gemeinde Vaihingen hatte der Bahn dieses Gelände 1873 unentgeltlich überlassen, damit der Ort einen Bahnhof bekommt. Angesichts der Klimaerwärmung ist ein herausragend gutes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln unverzichtbar.

Deutsche Bahn AG verschleiert die Verbrechen ihrer gewinnbringenden Tochter

Die Schenker Papiere

(german-foreign-policy.com) Der größte deutsche Staatskonzern, die Deutsche Bahn AG verschweigt hartnäckig das Erbe seines Logistikunternehmens DB Schenker und lässt die internationalen Geschäftspartner über Milliardenschulden aus Plünderungen von „Schenker“ in der NS-Zeit im Unklaren.

Dies geht aus einer Expertise hervor, die der Deutschen Bahn eine systematische Verschleierung ihrer von „Schenker“ hinterlassenen finanziellen Verpflichtungen vorwirft.
Demnach hat „Schenker“ europaweit an „Entjudungen“, Raub-, Mord- und Deportationsmaßnahmen teilgenommen, unter anderem in Griechenland und in Frankreich. Die daraus erzielten Einnahmen wanderten in die Kassen des deutschen Staates und wurden nie zurückgezahlt. Heute zählt DB Schenker zu den weltweit führenden Logistikern mit bedeutenden Niederlassungen in den USA oder in Israel. Zu den Einnahmen des DB Konzerns trägt DB Schenker mit rund 20 Milliarden Euro jährlich zu 50 Prozent bei. german-foreign-poliy.com veröffentlichte eine ausführliche Expertise über die nie entgoltenen und bis heute verschwiegenen „Schenker“-Verbrechen in einer vom „Zug der Erinnerung“ erstellten deutschen Fassung.
Der „Zug der Erinnerung“ fordert von der DB AG, die Einnahmen aus den Massendeportationen der Jüdischen Gemeinde von Thessaloniki nach Auschwitz unverzüglich zurückzuerstatten. An den Mordunternehmen der Shoa war die Führungsebene von „Schenker“ maßgeblich beteiligt. Tätererben sind der DB-Konzern und der deutsche Staat.
(wird fortgesetzt).

Es kommt drauf an, was man draus macht

Regionalbahnhalt Vaihingen

Die Einrichtung eines Regionalbahnhalts in Stuttgart-Vaihingen ist endlich beschlossene Sache. Der Regionalexpress wird dann auf der Strecke zwischen dem Stuttgarter Hauptbahnhof und Freudenstadt bzw. Rottweil, Singen, Zürich auch in Vaihingen halten.

Regionalbahnhof mit attraktivem Umfeld. So könnte es bald am Bahnhof Vaihingen aussehen

Der Bau und Umbau von Bahnhöfen ist Sache der DB. Dennoch finanziert hier das Land den Umbau allein (ca. 5 Mio) Da ist es wohl nur recht und billig, wenn die Einwohner neben der Finanzierung über Steuergelder im Gegenzug auch die Planungen von Anfang mitgestalten können.
Die Planer müssen sich mit den EinwohnerInnen und Bahnhofsnutzerlnnen, die sich teilweise schon jahrelang mit dem Thema beschäftigen, frühzeitig und gleichberechtigt an einen Tisch setzen. Ein Bahnhof, der die Bedürfnisse und Wünsche der NutzerInnen erfüllt, ist neben funktionierenden Verbindungen und pünktlichen Zügen ein wichtiger Faktor für einen attraktiven Bahnverkehr. Dazu gehört in Vaihingen z.B. die Ausgestaltung und Erweiterung der Zugangs-Unterführungen in Richtung Gewerbegebiet, sowie eine ansprechende Umfeldgestaltung.
Für eine schnelle Realisierung des Haltepunkts sprechen der Nutzen für die Vaihinger EinwohnerInnen und der der angrenzenden Stadtbezirke sowie der Pendler, die in Vaihingen arbeiten. Der RE-Halt bringt Fahrzeitgewinne im Vergleich zur S-Bahn, entlastet die S1 und manch einer lässt vielleicht sogar das Auto stehen und steigt in den Zug.
Neben den bestehenden Zügen bietet der Ausbau des Verkehrsknoten Vahingen viele Perspektiven für weitere regionale Verbindungen z.B mit der S-Bahn- über den Flughafen und die Filder nach Wendlingen (S-Bahn-Ringschluss), Regionalzüge nach Tübingen über Böblingen und die Ammertalbahn oder der Einführung eines Nahverkehrszugs mit 11 Halten auf der Panoramabahnstrecke.
(s.r.)

ORSO | Bautechnik und Wärmedämmtechnik
Innenausbau · Dachausbau · Wärmedämmung · Fenster · Türen · Dachfenster

Der Dachausbau bietet eine preiswerte Erweiterung der Wohnflächen. Und mit einer guten Wärmedämmung sparen Sie teure Heizenergie.

Wir beraten Sie gerne.
Rufen Sie uns an.

(0711) 657 25 98

Besichtigung, Beratung und Angebot kostenlos und unverbindlich!

Unsere Leistungen für Sie:
Innenausbau, Dachausbau, Fenster und Türen, Wärmedämmung, Dachfenster, Schalldämmung, Bodenbeläge, Ladenbau, Trockenbau, Malerarbeiten, Einbaumöbel.

Verkauf von natürlichen Bau -und Dämmstoffen.

ORSO GmbH · Dieselstr. 26 · 70771 L.-Echterdingen · Fax (0711) 657 29 02 · www.orso-gmbh.de

Können oder wollen Bundes- und Länderregierungen nichts gegen ferngesteuerte Drohnen-Hinrichtungen unternehmen?

„Nie wieder Krieg von deutschem Boden“ - Oder doch?

Seit 2001 führen die USA massenhafte Hinrichtungen in verschiedenen Ländern der Welt durch. Die Opfer der mittels ferngesteuerte Drohnen vollzogenen Hinrichtungen wurden weder eines Verbrechens angeklagt noch verurteilt. Es reicht der Verdacht der US-Geheimdienste. Mit liquidiert wird oftmals ihr zufälliges Umfeld. Seit einiger Zeit ist bestätigt, dass diese völker- und menschenrechtswidrige Kriegführung auch von deutschem Boden ausgeht. Vor allem von Ramstein, aber auch vom EUCOM in Vaihingen und Africom in Möhringen.

Bundes- und Baden-Württembergische Landesregierung wollen von all dem nichts gewusst haben und offensichtlich auch nichts wissen. VorOrt ist der Frage nachgegangen, ob sie unter Bruch unserer eigenen Verfassung dagegen nichts tun wollen oder ob sie aus rechtlichen Gründen nichts tun können.
Laut Art. 7 Abs. 2 des Gesetzes zum Vertrag vom 11. Oktober 1990 (Bundesgesetzblatt Teil II, Z 1998A) hat Deutschland die „volle Souveränität“ über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.
„Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“ (Art 25 Grundgesetz)
„Bund und Länder tragen nach der innerstaatlichen Zuständigkeits- und Aufgabenverteilung die Lasten einer Verletzung von supranationalen oder völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands.“ (Art. 104a Grundgesetz)

Der „UN-Zivilpakt“ ICCPR (International Covenant on Civil and Political Rights) wurde sowohl von Deutschland (1973) als auch von den USA (1992) ratifiziert. Er führt in Artikel 6 aus, dass niemand willkürlich seines Lebens beraubt werden darf, in Artikel 14 wird die Unschuldsvermutung vor Gericht bekräftigt.
Deutschland hat sich völkerrechtlich als Initiator des „Zweiten Fakultativprotokolls“ zum ICCPR klar zur Abschaffung der Todesstrafe positioniert.
Allerdings ist Deutschland mit den USA eine Reihe von Verträgen eingegangen. Dazu zählen der Aufenthaltsvertrag von 1954, das NATO-Truppenstatut (NTS) von 1951 und das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut (ZA-NTS) von 1959. Diese Abkommen schränken die Kontrolle der Bundesregierung über die Aktivitäten der US-Streitkräfte ein, auch wenn formal sämtliche Befugnisse von der deutschen Exekutive freiwillig gewährt und wieder zurückgenommen werden können.
Doch nicht einmal die verbleibenden Kontrollmöglichkeiten werden vom Bund oder den Landesregierungen wahrgenommen.
Weder wird vom Zugangsrecht zu den US-Liegenschaften Gebrauch gemacht, um beispielsweise Haftbedingungen in den US-Militärgefängnissen zu überprüfen. Noch gibt es eine Erfassung und Kontrolle der US-Flugbewegungen in bzw. über Deutschland: Ob es sich bei einem Flug um einen genehmigungspflichtigen Transport von Truppenteilen außerhalb des NATO-Rahmens handelt - ob also der deutsche Luftraum benutzt wird, um ohne NATO-Auftrag in einen Nicht-NATO-Staat zu fliegen -, bleibt unbekannt.
Eine Mitverantwortung gilt auch für Menschenrechtsverletzungen, die von den USA im so genannten Anti-Terrorkrieg begangen wurden und werden. Die Bundesregierung hatte frühzeitig Kenntnis von Verschleppungen mutmaßlicher Terroristen und so genannter „Rendition-flights“ (Gefangenen-Flüge). Gleichwohl hat sie nichts unternommen, um derartige Menschentransporte im deutschen Luftraum zu unterbinden.
Das European Command in Vaihingen konnte diese Flüge ungehindert koordinieren - trotz deutscher Verbindungsoffiziere.
Auf den amerikanischen Stützpunkten sind deutsche Gesetze einzuhalten:
„Wenn wir etwas bauen, stehen wir mit dem deutschen Bauamt in Verbindung. Wir können keine Schaufel in den Boden stechen, bevor wir nicht die deutschen Stellen informiert haben. Auch wir müssen die Umweltverträglichkeit prüfen, bevor wir ein größeres Projekt beginnen. (…) Ich möchte damit sagen, dass US-Stützpunkte in Deutschland in allem, was sie tun, auf die deutsche Seite angewiesen sind. Wir können hier nicht einfach so unsere eigenen Entscheidungen fällen. Nichts von dem, was wir hier tun, passiert ohne deutsche Zustimmung.“ (Oberst John P. Stack, Kommandeur der United States Army Garrison Stuttgart gegenüber der Wochenzeitung Kontext.) Stuttgarts U.S. Army Garrison, inzwischen die letzte verbliebene amerikanische Militärbasis im Südwesten, ist auch Europasitz der umstrittenen National Security Agency (NSA). Offiziell bestätigte die Bundesregierung dies erst im vergangenen Dezember.
Kontext hatte die Gelegenheit, Oberst John P. Stack zu interviewen, der seit Juli 2012 Kommandeur der US Army Garrison Stuttgart ist.
Frage: In den Patch Barracks hat die NSA ihr Europa-Hauptquartier, in den Kelley Barracks sitzt Africom. (…) Dürfen die Amerikaner von hiesiger Gemarkung aus einen Drohnenkrieg führen?
Antwort: Die Kommandostruktur von Eucom und Africom ist ähnlich wie die des deutschen Militärs. Sie untersteht der Politik. Wir haben Diplomaten, Zuarbeiter, die unsere Militärführung über politische Strukturen informieren. Wenn wir nur Generäle in den Hauptquartieren hätten, nur Militär, dann wären wir nicht informiert über die Gesetze der Länder und die Einstellung der jeweiligen Regierung. Diese hochrangigen Kommandos hier erfordern Expertisen aus anderen Teilen unserer Regierung. Und ich denke, das ist gut so. Diplomatie ist ein wichtiger Faktor von Präsident Obamas Herangehensweise an Probleme.“ Auf die Frage zum „Drohnenkrieg“ erfolgte kein Dementi. (kcw)

Das Töten eines Feindes findet in einer hochtechnisierten Armee immer seltener auf einem Schlachtfeld statt. Stattdessen fahren die Soldaten zur Arbeit wie andere Leute ins Büro. (ZDF Dokumentation: Drohnen - Tod aus der Luft“)

“Man sitzt da für Tage, Wochen, Monate und beobachtet ein Ziel. Das bedeutet, man sieht alles, zum Beispiel, wie die Leute mit ihrer Familie und ihren Freunden interagieren, wie sie in ihre Lieblingscafés gehen und mit ihren Kindern spielen. Man sieht Kinder Fußball auf dem Feld spielen. Man sieht: Es sind Menschen wie wir. Aber die Führungskräfte sehen das alles nicht. Sie sehen nur ein Blatt Papier, auf dem steht: ‘Oh, dieser Typ ist einer von den Bösen’, unterzeichnen es und sagen, ‘hey, ihr könnt sie abschießen’, und dann geben sie das Papier an jemand anderes weiter.”
Brandon Bryant, Drohnen“pilot“.

Drohnenopfer

Dass die Zahlen nicht genau angegeben werden können, liegt auch daran, dass die Drohnenraketen ihre Opfer derart zerfetzen, dass nicht mehr genau gestgestellt werden kann, um wie viele Leichen es sich handelt.

Afghanistan: 13.026 (geschätzt) **(2001-2013)**
Jemen: 685 (geschätzt) **(2002-2015)**
Pakistan: 3.976 (geschätzt) **(2003-2015)**
Somalia: 105 (geschätzt) **2007 - 2015**
(Quelle: Bureau of investigative Journalism)

Herausgeber:
VorOrt-Verlag, Stgt.-Vaihingen
Verantwortlicher Redakteur:
Gerhard Wick
Verlagsanschrift:
VorOrt-Verlag
Postfach 800980, 70509 Stuttgart
Tel: 0711 / 745 05 23
vorort-vaihingen@arcor.de
Druck: UWS Papier&Druck GmbH
Auflage: 17 500
Bankverbindung:
VR-Bank Stuttgart
IBAN:
DE40 6009 0100 0100 0150 00